

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 117. Ratssitzung vom 21. September 2016

2239. 2016/118 Weisung vom 13.04.2016: Geschäftsbericht des Stadtrats 2015

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2015 (Beilage, Fassung vom April 2016) wird abgenommen.

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 13.04.2016
- Geschäftsbericht 2015
- Bericht und Antrag der GPK vom 05.09.2016

Statistik betreffend Abschreibungsanträge	
Abschreibungsanträge GPK*	113
Nichtabschreibungsanträge GPK	90
= Total Abschreibungsanträge Stadtrat*	203

* einschliesslich der vom Rat im Jahr 2016 bereits abgeschriebenen Geschäfte
GR Nrn. 2009/592, 2011/496, 2012/404 und 2013/287

Referent zur Vorstellung des Berichts:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *In der Geschäftsprüfungskommission wurden viele Rückfragen gestellt. Diese wurden beantwortet. Wir haben auch Vorstösse behandelt. Es geht insbesondere um Abschreibungsanträge des Stadtrates. Wir haben eine neue Praxis eingeführt, die sich bewährt hat. Wir haben keine Mehr- und Minderheitsanträge bezüglich der Postulate. Der Wunsch derjenigen, die den Vorstoss eingereicht haben, wurde berücksichtigt. Gleichzeitig wurde eine substanzielle Begründung verlangt. Deshalb greife ich nur einige Aspekte aus dem Geschäftsbericht heraus. Zentral sind die Stadtschreiberin und die Stadtkanzlei. Dazu gehören auch die Einbürgerungen, die dort behandelt werden. Letztes Jahr gab es weniger Einbürgerungsgesuche als im Vorjahr. Dies liegt teilweise daran, dass ein Sprachtest bestanden werden muss. Deshalb wurden weniger Gesuche eingereicht. Einer der Schwerpunkte des Präsidialdepartements ist die Kulturförderung. Es gab aus dem Theaterbereich 87 Gesuche um Unterstützung. 31 Gesuche wurden positiv beantwortet. Das Theaterspektakel ist für das Präsidialdepartement zentral. Es handelt sich um einen Anlass, der für die Zürcher sehr wichtig ist. Auch im Museum Rietberg haben die Besucherzahlen zugenommen. Die Förderung von Integration, die Förderung der Wirtschaft und der Aussenbeziehungen sind drei Aspek-*

te, die das Präsidialdepartement wahrnimmt. Der europäische Metropolitanraum soll gefördert werden. Mailand und München sollen innerhalb von drei Stunden mit dem Zug erreicht werden. Die Stadt war gemeinsam mit Basel und Genf an der Weltausstellung in Mailand beteiligt. Die Fachstelle für Gleichstellung ist 25-jährig geworden. Das Finanzdepartement ist komplex. Wichtig ist der Aspekt der Wohnbauförderung. Es gibt ein Büro für Wohnbauförderung, das sich intensiv mit dem Hunzikerareal befassen musste. Es gibt Stiftungen, so die Stiftung für kinderreiche Familien und die Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen. Das Polizeidepartement beschäftigte sich im Kern damit, dass dem Betreuungsmanagement eine präventive Wirkung zukommen sollte. Schutz und Rettung sowie die Dienstabteilung Verkehr gehören dazu. Die Sicherheit der Fussgängerstreifen soll überprüft werden. An anderen Orten sind die Fussgängerstreifen viel besser beleuchtet als in Zürich. Das Gesundheits- und Umweltdepartement hat Schwerpunkte in den Bereichen Fluglärm, Food Waste, die Stadtspitäler Waid und Triemli sind wichtige Kernaufgaben des Departements. Pflegezentren, Alterszentren und Alterswohnungen sind wichtige Bereiche. Der Erhalt der Selbstständigkeit soll gefördert werden. Ein wichtiger Aspekt ist die 2000-Watt-Gesellschaft. Beim Tiefbau- und Entsorgungsdepartement gab es wichtige Umbauten. Der Umbau am Bellevue war schwierig, weil keine zu grossen Verkehrsstörungen erfolgen durften. Im ERZ wurde letztes Jahr eine Administrativuntersuchung eingeleitet. Grün Stadt Zürich gehört dazu. Im Tiefbauamt steht der Verkehr im Vordergrund. Es wurden Velorouten geplant, Plätze umgebaut und geprüft, wie lärmarme Strassenbeläge verwendet werden können. Im Hochbaudepartement war die städtebauliche Entwicklung ein Kerngeschäft. Eine Auseinandersetzung mit der Bevölkerungszunahme war erforderlich. Bis 2040 werden 80 000 weitere Stadtbewohner erwartet. Das Hochschulgebiet ist ein zentrales Thema. Im Amt für Hochbau geht es um die Schaffung der Grundlagen für nachhaltiges Bauen. Die Immobilienverwaltung muss die Interessen der Stadt wahren. Sie muss Werterhaltung betreiben und rechtzeitig Renovationen anbahnen. Auf das Amt für Baubewilligungen möchte ich nicht eingehen. Im Departement der Industriellen Betriebe gibt es wegen des Strommarktpreises neue Herausforderungen. Dieser liegt unter den Gestehungskosten. Die Gewährleistung der Wasserversorgung steht im Zentrum, ebenso die Verkehrsbetriebe. Letztes Jahr konnten die neuen Tram nicht beschafft werden. Es wird über die Netzerweiterung beraten. Das Rosengartentram und Affoltern sind wichtige Bereiche. Das Schul- und Sportdepartement hat eine verzweigte Organisationsstruktur. Es gibt Kompetenzzentren, also das Konservatorium und die Viventa. Das Departement, das am meisten Mittel umsetzt, ist das Sozialdepartement. Dies betrifft die sozialen Dienste, die Zusatzleistungen und sozialen Einrichtungen. Die Flüchtlingsproblematik betrifft das Departement auch in Zukunft. Zum Departement gehört auch die KESB.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Maleica Landolt (GLP): Die Mehrheit stimmt dem Antrag der Minderheit, den Bericht mit Ausnahme des Berichts zum ERZ zu genehmigen, nicht zu. Die Hauptbegründung der Antragsteller bezieht sich auf die Abläufe, die Prozesse und Terminierungen bezüglich der Untersuchungen beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz. Diese finden 2016 statt. Aktuell beraten wir den Geschäftsbericht des Stadtrats 2015. Im speziellen Departementsbericht des Tiefbau- und Entsorgungsamts wird auf Seite 188 unter den Jahres-

schwerpunkten im letzten Absatz konkret auf die Vorkommnisse, Vorfälle und Versäumnisse im Zusammenhang mit dem Bauprojekt eingegangen. Die Problemfelder und Verfehlungen werden benannt und die Administrativuntersuchung wird aufgeführt. Die Offenlegung im Geschäftsbericht bezüglich der Probleme ist erfüllt. Die Frist für das Erscheinen des Administrativberichts wurde erfüllt. Des Weiteren gibt es eine Begründung für die Verzögerung der Untersuchung. Wir sehen diese nicht als gegeben. Die Administrativuntersuchung und der Bericht sind innerhalb der Frist erfolgt. Die Sonderkommission ERZ ist seit Anfang Jahr intensiv mit dem Fall beschäftigt. Der Untersuchungsbericht wird zur gegebenen Zeit dem Gemeinderat vorgelegt. In diesem Rahmen wird es genügend Zeit und Raum geben, um darüber intensiv zu debattieren. Dieser Bericht ist nicht der richtige Ort. Bei der Rechnungsabnahme 2015 war die Situation eine Andere. Es gab klare formelle Fehler. Die Nichtabnahme der Rechnung erfolgte im Sinne einer berechtigten Rüge. Es gibt auch einen anderen Aspekt. Es ist nicht sinnvoll, einen ganzen Dienstbereich abzulehnen. Im ERZ gibt es verschiedene Bereiche und Abteilungen sowie viele Mitarbeiter, die mit dem Bau und den Problemen um das Logistikzentrum Hagenholz nichts zu tun haben. Eine Ablehnung würde die nichtbetroffenen Mitarbeiter verunsichern.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

Michail Schiwow (AL): *Wir haben den Antrag gestellt, den Geschäftsbericht des Stadtrats mit Ausnahme des Berichts der ERZ zu genehmigen. Es wurde abgeklärt, ob eine Teilablehnung eines Geschäftsberichts möglich ist. Es wurde vergeblich nach einem Präzedenzfall gesucht. Eine Teilablehnung ist im Prinzip möglich. Es wurde gefragt, ob eine Teilablehnung ein adäquates Mittel darstellt, um Missstände anzuprangern. Die Diskussion über diese Frage wäre spannend und entfällt heute. Wir haben beschlossen, den Antrag zurückzuziehen. Nichtsdestotrotz möchte ich darlegen, warum wir diesen Antrag gestellt haben. Es geht um die schwerwiegenden Vorfälle beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz, die im Geschäftsbericht benannt wurden. Der gleichzeitig erwähnte Zeitplan für die Bewältigung der Missstände wurde nicht eingehalten. Im Januar 2016 hat der Vorsteher des TED eine Administrativuntersuchung in Auftrag gegeben. Das beauftragte Büro hat seinen Untersuchungsbericht im April 2016 übergeben. Seither liegt der Bericht den Aufsichtskommissionen zwar vor, untersteht aber der Geheimhaltung, darf also bis zur Beschlussfassung über allfällige Konsequenzen weder in den Debatten in den Fraktionen, noch im Gemeinderat erwähnt werden. Stadtrat Filippo Leutenegger hat im Geschäftsbericht angekündigt, dass die Ergebnisse der Administrativuntersuchung im ersten Halbjahr 2016 vorliegen werden. Im Mai hat der Stadtrat den Aufsichtskommissionen gegenüber einen neuen Zeitplan präsentiert. Die Verzögerung, um nicht zu sagen Verschleppung, hat die AL-Fraktion als irritierend empfunden. Dies war der eigentliche Grund für eine Teilablehnung. Bis vor kurzem war nicht absehbar, welche Konsequenzen der Stadtrat aus den Vorfällen ziehen wird. Nachdem der Gemeinderat mit den Zusatzkrediten direkt mit der Administrativuntersuchung verbundenes beraten musste, sind weitere Anträge zu Projekten im Zusammenhang mit dem Logistikzentrum absehbar. Eine Verzögerung hätte letztlich die Arbeit der Sonderkommission Hagenholz der GPK behindert. Aufgrund der Unregelmässigkeiten beim Bau des Logistikzentrums besteht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Geschäfts-*

partner des ERZ seit fast einem Jahr eine erhebliche Unsicherheit. Nachdem ein verbindlicher Zeitplan vorgelegt wurde, möchte die AL-Fraktion ihren Antrag in Bezug auf den Geschäftsbericht zurückziehen.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Würde ich auf jedes Departement einzeln eingehen, fiel dies ähnlich aus wie vor zwei Jahren. Ich möchte auf das zentrale Thema eingehen, das den Geschäftsbericht durchzieht. Ich nehme den Stadtrat als Kollektiv wahr und muss deshalb nicht nach den einzelnen Departementen differenzieren. Das zentrale Thema ist die 2000-Watt-Gesellschaft, die im ganzen Geschäftsbericht vorkommt. Es wird auf eine Volksabstimmung Bezug genommen. Wenn man sich auf die Legitimation beruft, muss man sich fragen, ob den Stimmbürgern klar war, worum es ging. Wenn dies bei der Abstimmung unklar war, muss das Dogma in Frage gestellt werden. Dasselbe Problem besteht bei der kommenden Abstimmung zur grünen Wirtschaft. Einerseits wird gesagt, es sei kein Problem und man müsse keinen Verzicht leisten. Es wird gesagt, es sei machbar. Gleichzeitig haben dieselben Personen ein schlechtes Gewissen, wenn sie mit dem Flugzeug fliegen müssen. Man kann sich vorstellen, dass bei Annahme der Abstimmung hinterher gesagt wird, der Stimmbürger habe das so bestimmt, auch wenn die Grundlagen, die zur Entscheidung geführt haben, fragwürdig waren. Dieses Problem haben wir mit den ökologischen Vorlagen. Das Schaffen einer Roadmap und Arbeitsgruppe hätte vor der Abstimmung durchgeführt werden müssen. Dann hätte man den Stimmbürgern die Fakten vorlegen können. Wir führen diese Diskussion immer wieder. Eingeführte Provisorien haben Bestand. Ein Beispiel ist die Tempolimit auf der Autobahn. Es gab eine Volksinitiative, die diese Tempolimit wieder aufheben wollte. Damals wurde gesagt, dies könne nicht auf Verfassungs-, sondern müsse auf Gesetzesebene geregelt werden. Heute wird gesagt, das gehe nicht, weil die Einfahrten entsprechend konzipiert seien. So werden Provisorien zubetoniert und demokratische Legitimationen unterlaufen. Das Vorgehen bei der 2000-Watt-Gesellschaft weist in eine vergleichbare Richtung. Ein Epizentrum dieser Untersuchungen ist das GUD. Es wird dort die genaue Umsetzung erarbeitet und die Betriebe des GUD sollen ihrem Auftrag nachkommen. Es gibt eine UGZ, die sich an den Zielen orientieren muss. Dies durchzieht den ganzen Bericht. Der Direktor des UGZ ist der Vorsitzende der Durchsetzungsdelegation. Eigentlich hätten wir die Umsetzungsdiskussion vor der Abstimmung führen müssen. Das DIB ist davon betroffen. Deshalb musste eine Roadmap erstellt werden. Es musste aufgezeigt werden, wie eine Umsetzung möglich sein soll. Der Energiebeauftragte hat Referate an internationalen Fachtagungen gehalten. Ich gehe davon aus, dass er mit dem Velo an die Tagungen gefahren ist. Das HBD ist ebenfalls sehr stark von dieser Umsetzungsstrategie betroffen. Die Ziele müssen an dieser Doktrin ausgerichtet werden. Dies hat Folgen bis hin zu Erdwärmesonden. Man kann mit Energie effizient umgehen. Man kann sehr effizient heizen. Es wird aber verlangt, dass Erdsonden eingebaut werden. Diese Sonden wirken besser als Wärmetauscher, wenn es sehr kalt ist. Solche Temperaturen haben wir in der Stadt nie. Die Kosten sind jedoch enorm. Das ist ineffizient. Auch die Alterszentren sollen an der 2000-Watt-Gesellschaft ausgerichtet werden. Man kann sich fragen, zu welchem Preis dies möglich ist.

Weitere Wortmeldungen:

Renate Fischer (SP): Die umfangreichen Rückfragen der RPK zum Geschäftsbericht wurden vom Stadtrat immer zufriedenstellend und fristgerecht beantwortet. Dies wird auch im Bericht der GPK erwähnt. Die Geschäftsprüfungskommission hat eine Sonderkommission gegründet, die diese Vorfälle genau untersucht. Im Rahmen dieses Geschäfts wird die SP Stellung beziehen. Eine Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt erachten wir nicht als zielführend.

Walter Anken (SVP): Ich möchte in Bezug auf das Polizeidepartement sagen, weshalb wir diesen Geschäftsbericht ablehnen werden. Es wird im Bericht von Terroranschlägen gesprochen. Ich vermisse jedoch Aussagen dazu, wie solche Taten in der Stadt vermieden werden sollen. Das Projekt Nachtleben wurde 2015 abgeschlossen. Es ging primär um Lärmbelastungen im Umfeld der Langstrasse. Es wurde gesagt, dass departementsübergreifend zusammengearbeitet wird. Es soll ein Gleichgewicht geschaffen werden. Es gibt jedoch keine Aussagen dazu, wie die Lärmbelastung reduziert werden soll. Dasselbe Problem besteht beim Rotlichtmilieu. Die Ziele von 2011 seien erreicht worden. Gleichzeitig wird gesagt, dass nach wie vor illegale Strassenprostitution existiert, es gibt Sexsalons in Gebieten, in denen der Wohnanteil bei über 50 % liegt. Es gibt keine Aussagen zum konkreten Vorgehen. Die Rede ist von der Reorganisation MOVE, es werden jedoch keine problematischen Aspekte benannt. Es gibt immer Verlierer und Frust. Ich würde mir wünschen, dass darauf eingegangen wird. Beim Bedrohungsmanagement befinden wir uns auf einem guten Weg. Ich vermisse die Gründe dafür, weshalb die Leute immer häufiger bedroht werden. Geärgert habe ich mich, dass ich nichts zu Hausbesetzungen gefunden habe. Es verursacht unnötige Kosten, bindet die Polizeikräfte und muss deshalb thematisiert werden.

Maleica Landolt (GLP): Ich möchte darlegen, warum es nicht sinnvoll ist, den Geschäftsbericht abzulehnen. Der Geschäftsbericht soll über Tätigkeiten und laufende Projekte in den Dienstabteilungen und der Verwaltung Auskunft geben. Es geht um laufende Geschäfte, aber auch um solche, die bereits abgeschlossen sind. Nichtsdestotrotz ist es üblich, Geschäftsberichte als zentrales Mittel der Selbstdarstellung zu nutzen. Dies bedeutet, dass selbstkritische Erläuterungen oder ein Fazit nicht offen aufgeführt werden. Dies hat die GPK bereits letztes Jahr bemängelt. Diese Forderung ist auch dieses Jahr aktuell. Die Ablehnung des Geschäftsberichts ergibt keinen Sinn. Sie hat keine direkte Wirkung, sondern ist nur ein Symbol einer Rüge, die abgeschlossene Sachverhalte betrifft. Es ist jederzeit möglich, störende Aspekte im Geschäftsbericht durch einen parlamentarischen Vorstoss anzugehen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ein weiterer, relevanter Aspekt betrifft das PRD. Es wird gesagt, man wolle die Metropolitanstädte Mailand, Zürich und München miteinander verbinden. Es müsste im Geschäftsbericht zum Ausdruck kommen, dass dies auf verträgliche Art gemacht werde. Die Argumentation ist technokratisch. Die neue Gotthardtransversale kann kritisch betrachtet werden. Vielleicht ist es nicht für alle Fahrgäste akzeptabel, so lange in einem Tunnel zu sein. Auch diese Fahrgäste wollen internati-

onale Verbindungen. Die Züge können die notwendigen Geschwindigkeiten wegen der Druckverhältnisse nicht erreichen. Die Stadt muss sich auch dafür einsetzen. Ebenso möchte ich auf das Polizeidepartement eingehen. Es wurde beantragt, ein Postulat abzuschreiben. Darin ging es um die Kontrolle von Velofahrern, die auf Trottoirs fahren. Dies sollte mit dem Argument abgeschrieben werden, die Kapazitäten können nicht aus anderen Bereichen abgezogen werden. Wenn man aus dem Ausland kommt und sein Gepäck auslädt, bekommt man eine Busse und muss in derselben Nacht belegen, dass man sein Gepäck dort ausgeladen hat. Dort gibt es Kapazitäten. Die Polizisten liegen auf der Lauer. Die Kapazitäten bestehen. Wenn man aus dem Verkehr gezogen wird und wissen möchte, warum man abgefangen wurde, bekommt man die Antwort, das gehe einen nichts an. Eine solche Behandlung ist Ausdruck von einer Kultur. So geht das nicht.

Simon Kälin (Grüne): Wir schliessen uns der Mehrheit an. Die Argumente wurden bereits von Maleica Landolt (GLP) vorgebracht. Ich finde die Kritik an der 2000-Watt-Gesellschaft gesucht. Einzelne Volksentscheide mit einer deutlichen Mehrheit werden in Zweifel gezogen. Die Bürger werden für unmündig erklärt. Das geht so nicht. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein langfristiges Ziel. Es braucht eine neue Standortbestimmung. Der Prozess ist langwierig. Ich bin überzeugt davon, dass unsere Verwaltung gute Arbeit leistet und wir auf dem richtigen Weg sind. Die Temperaturen steigen, die Gletscher gehen zurück. Die Bergbevölkerung leidet unter Hangrutschen.

Roger Liebi (SVP): Simon Kälin (Grüne) hat gesagt, er würde überwiegend mehrheitlich zustimmen. Dies ist erklärungsbedürftig. Ich habe die Zahlen des Geschäftsberichts angeschaut. Die personellen Aspekte sind transparent dargelegt. Die Ergebnisse sind erstaunlich. Wir hören immer wieder, wie schwierig es sei, Leute für die Verwaltung zu finden. In der Verwaltung gibt es einen Personalaufwand pro 100 % Stellenwert von 161 600 Franken. 65 % sind Vollzeitstellen. Im Präsidentialdepartement gibt es einen Personalaufwand von 138 900 Franken. 45 % sind Vollzeitstellen, 18 % der Arbeitnehmenden arbeiten weniger als 50 %. Im Finanzdepartement haben wir 145 343 Franken Personalaufwand, 71 % arbeiten Vollzeit, 4,5 % arbeiten weniger als 50 %. Bei der Polizei sind wir ebenfalls bei 45 300, es arbeiten 15 % weniger als 50 %. Im GUD haben wir einen Personalaufwand in Höhe von 123 000 Franken, 56 % arbeiten Vollzeit, im TED arbeiten 83 % Vollzeit und der Personalaufwand beläuft sich auf 125 000 Franken. Im Schul- und Sportdepartement arbeiten 11,7 % Vollzeit und 85 % weniger als 50 %. Im Sozialdepartement arbeiten 24 % Vollzeit und 22 % weniger als 50 %. In dieser Verwaltung gibt es viele Teilzeitstellen. Man könnte restrukturieren, wenn man die Verteilung der Arbeit betrachtet. In den zwei bürgerlichen Departementen sieht das gut aus. Wenn ich den Bericht im Präsidentialdepartement anschau, dann gibt es zum Stadtarchiv drei Seiten, zur Fachstelle Gleichstellung eineinhalb Seiten und zur Wirtschaftsförderung eine dreivierteil Seite. Meist ist von der Kreativwirtschaft die Rede, es gibt einen grossen Abschnitt zur Gameszene.

Stefan Urech (SVP): Ich kann an Roger Liebis (SVP) Ausführungen anknüpfen. Die Fachstelle für Gleichstellung ist nicht mit eineinhalb Seiten, sondern mit zweieinhalb Seiten im Bericht erwähnt. Das Sparprogramm, das 2015 abgeschlossen wurde, wird

7 / 17

auf einer viertel Seite erwähnt. Der Geschäftsbericht umfasst 400 Seiten. Es ist irritierend, dass die FDP diesen Bericht durchwinkt. Das Budget wird abgelehnt, aber die Dokumentation ist sehr aufgeblasen. Wir haben nicht die Möglichkeit, die einzelnen Departemente zu besprechen. Ich muss auf das Polizeidepartement zurückkommen. Die Aggressionen gegen Polizisten werden nicht aufgegriffen. Polizisten werden regelmässig angegriffen. Stadtrat Filippo Leutenegger wurde angegriffen. Dies wird mit keinem Wort erwähnt. Im Schul- und Sportdepartement wird nicht erwähnt, dass das Niveau an Zürcher Schulen sinkt. Die islamistische Radikalisierung wird nicht erwähnt, es wird pauschal von Radikalisierung gesprochen. Selbst auf Nachfrage wollte man nicht von islamistischer Radikalisierung sprechen. Es gibt ein Kapitel zur Fachstelle für Gewaltprävention. Die Anzahl Interventionseinsätze hat sich seit 2008 fast verdoppelt. Es bestehen grosse Probleme mit den gemischten Klassen, es gibt Kündigungen. Im Geschäftsbericht wird die Umsetzung gelobt. Das Sparprogramm wird als erreicht betrachtet.

Michael Schmid (FDP): *Stefan Urech (SVP) hat mich direkt angesprochen. Ich habe gemeint, ich müsse das der AL erklären, doch diese hat den Antrag zurückgezogen. Wir müssen die Diskussion im Rahmen des Budgets führen. Ich hoffe, dass gemeinsame Wege gefunden werden können, um die von Stefan Urech (SVP) Missstände anzugehen. Im Geschäftsbericht geht es um eine Gesamtbewertung.*

Roger Liebi (SVP): *Es geht auch um eine Wertung der Schwerpunkte. Einer der Schwerpunkte ist der Ausbau der Bahnstrecke zwischen Zürich und München. Im Sommer 2016 sollte es eine Tagung geben. Ich habe nichts von einer solchen Tagung erfahren. Wenn das in den Bericht geschrieben wird, sollte man sich auch daran halten. Im Polizeidepartement erstaunt mich, dass es im Jahr 2011 535 Anzeigen oder Massnahmen bezüglich Gewässer- und Umweltkriminalität gab. 2015 waren es 1828. Es würde mich interessieren, ob wir in der Stadt eine Umweltpolizei haben, die die Sünder auf den rechten Weg zurückführen soll.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Simon Kälin (Grüne) hat mir nicht richtig zugehört. Es geht mir nicht darum, einen qualifizierten Volksentscheid in Frage zu stellen. Es geht um die Vorbereitung eines Volksentscheids. Wir hätten dem Stimmvolk den Sachverhalt mit allen Konsequenzen präsentieren sollen. Das ist nicht geschehen.*

Simon Kälin (Grüne): *Ich habe Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) zugehört. Hätte die Stadt vor der Annahme eines Volksentscheids Geld ohne rechtliche Grundlage ausgegeben, dann würde dies von der SVP kritisiert. Ein solches Vorgehen wäre nicht legal gewesen.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Detailanträge der GPK (Abschreibungsanträge Postulate)

Der Rat stimmt den Abschreibungsanträgen der GPK stillschweigend zu.

8 / 17

Änderungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2015 (Beilage, Fassung vom April 2016) wird mit Ausnahme des Berichts von «Entsorgung und Recycling Zürich» (ERZ-TED) abgenommen.

Mehrheit:	Maleica Landolt (GLP), Referentin; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Walter Anken (SVP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP), Jonas Steiner (SP)
Minderheit:	Michail Schiwow (AL), Referent
Enthaltung:	Simon Kälin (Grüne)
Abwesend:	Vizepräsidentin Christine Seidler (SP)

Michail Schiwow (AL) zieht den Antrag der Minderheit namens der AL-Fraktion zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Maleica Landolt (GLP), Referentin; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP), Jonas Steiner (SP)
Minderheit:	Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Walter Anken (SVP), Michail Schiwow (AL)
Enthaltung:	Simon Kälin (Grüne)
Abwesend:	Vizepräsidentin Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 22 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2015 (Beilage, Fassung vom April 2016) wird abgenommen.
2. Folgende Geschäfte werden als erledigt abgeschrieben:

Präsidialdepartement

POS 2010/000250	09.06.2010 19.12.2012	Regli Daniel und Scheck Roland Stadtentwicklung Zürich, Optimierung und Verschlinkung der Gremien
POS 2012/000080	07.03.2012 03.04.2013	Regli Daniel und Sidler Bruno Reduktion der Kosten für die Produktion und den Versand der städtischen Publikationen
POS 2013/000396	13.11.2013 14.05.2014	Dubno Samuel und Garcia Isabel Verzicht auf die Legislatorschwerpunkte (LSP) des Stadtrats
POS 2014/000056	26.02.2014 22.10.2014	Küng Peter und Strub Jean-Daniel Eigener Termin für die Erneuerungswahlen des Stadt- und Gemeinderats
POS 2014/000109	02.04.2014 18.06.2014	Piller Bernhard und Leitner Verhoeven Andrea Erhalt des Literaturmuseums Strauhof
POS 2014/000119	09.04.2014 22.10.2014	Filli Peider und Abele Martin Berücksichtigung der vierten Landessprache Romanisch auf Veranstaltungsplakaten, welche «Schweizerische» Ereignisse ankündigen
POS 2014/000264	27.08.2014 07.01.2015	Wyler Rebekka Gedenkanlass zum 70. Jahrestag des Kriegsendes

Finanzdepartement

POS 2002/000163	08.12.1999 15.05.2002	Schmid Ronald und Schüepp Jürg R. Parkierungsanlage Central, Errichtung durch eine private Trägerschaft
POS 2009/000448	30.09.2009 22.12.2010	Wenger Christian und Brassler Ueli Wohnsiedlungen, sanfte Renovation statt Abbruch
POS 2010/000311	14.07.2010 29.09.2010	Frei Dorothea und Pflüger Severin Bericht über die Wohnsituation von Studierenden und in Ausbildung befindlichen Personen in der Stadt Zürich
POS 2010/000315	14.07.2010 21.11.2012	Tuena Mauro und Liebi Roger Beseitigung der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Personen, die der Quellenbesteuerung unterliegen gegenüber dem Rest der steuerpflichtigen Bevölkerung
POS 2010/000511	08.12.2010 23.03.2011	Blöchlinger Patrick und Spiess Christoph Stabilisierung der IT-Ausgaben ab 2012



10 / 17

POS 2011/000261	06.07.2011 27.02.2013	Badran Jacqueline und Glättli Balthasar Auflösung des Baurechtsvertrags mit der FIFA im Sonnenberg
POS 2011/000337	14.09.2011 27.02.2013	Von Matt Hans Urs und Wyler Rebekka Prüfung eines Job-Sharings für gewählte Vollämter in der Stadt Zürich
POS 2011/000378	05.10.2011 27.02.2013	SP-Fraktion Rechnungen für Dienstleistungen Dritter, Einhaltung einer Zahlungsfrist von 30 Tagen
POS 2011/000379	05.10.2011 27.02.2013	SP-Fraktion Ausbau der elektronischen Dienstleistungen im Verkehr mit der Bevölkerung und dem Gewerbe
POS 2013/000107	28.03.2012 27.03.2013	Knauss Markus und Kisker Gabriele Kauf von Liegenschaften des Kantons und des Bundes in der Stadt Zürich zur Lösung der Raumprobleme der städtischen Dienstabteilungen
POS 2013/000108	13.06.2012 27.03.2013	Silberring Pawel und Fischer Renate Abgabe des Areals WO6502 in Wollishofen im Baurecht an eine Trägerschaft für den Bau eines Gewerbehäuses
POS 2013/000415	27.11.2013 13.12.2013	Rechnungsprüfungskommission Überarbeitung des «Accounting Manuals», Präzisierung der Vorgaben für die Dienstabteilungen mit Globalbudget

Polizeidepartement

POS 1999/000434	15.09.1999 29.11.2000	Mettler Christian und Schilter Armin Kreiswache 12, Verzicht auf die Schliessung an Wochenenden
POS 2000/000222	10.05.2000 21.03.2001	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1. Mai, Verlegung des Festplatzes
POS 2000/000420	30.08.2000 20.09.2000	Rosenheim Monjek und Schmid Ronald Ausländerinnen und Ausländer, Massnahmenkatalog zur Verhinderung illegaler Anwesenheit
POS 2001/000232	09.05.2001 20.11.2002	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1.-Mai-Fest, Verlegung des Standortes
POS 2004/000482	11.09.2002 08.09.2004	Liebi Roger und Schwyn Markus Vermummungsverbot, Durchsetzung
POS 2005/000258	29.06.2005 13.07.2005	Amacker Bruno Central, manuelle Verkehrssteuerung

POS 2005/000343	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Taxi-Standplatz Schulstrasse, Kompensation für die vorgesehene Aufhebung
POS 2005/000344	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Schulstrasse, Erstellen eines Fussgängerstreifens
POS 2008/000033	16.01.2008 11.06.2008	Butz Marlène und Hirzel Astrid Rigiplatz, Erhalt bisheriger und Erstellen zusätzlicher Fussgängerstreifen
POS 2008/000142	26.03.2008 11.06.2008	Stucker Rolf und Garzotto Bruno Bootsvermietungen, Anzahl der Angebote
POS 2008/000159	02.04.2008 03.11.2010	Rykart Sutter Karin und Sarbach Martin Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende in der Gegenrichtung
POS 2008/000325	02.07.2008 03.11.2010	Feuillet Dominique und Probst Matthias Triemlistrasse und Letzigraben, Senkung der Höchstgeschwindigkeiten
POS 2008/000338	09.07.2008 08.12.2010	Bartholdi Roger und Liebi Roger Stadtpolizei, Fusspatrouillen im Langstrassenquartier
POS 2010/000061	27.01.2010 19.09.2012	Bloch Süss Monika und Jüsi Bernhard Buslinie 66, Verbesserte Verkehrsführung an der Brandschenkestrasse in den Morgen- und Abendspitzenzeiten
POS 2011/000159	18.05.2011 31.10.2012	Probst Matthias und Hug Christina Anpassung der Grünen Welle auf Hauptverkehrsachsen auf Tempo 20 km/h
POS 2011/000264	06.07.2011 31.10.2012	Probst Matthias und Schönbächler Marcel Versuchswise Einführung des Rechtsabbiegens für Velofahrende an ausgewählten Strassenkreuzungen
POS 2011/000429	16.11.2011 30.01.2013	Wyler Rebekka Massnahmen zur Verhinderung von Velodiebstählen
POS 2011/000503	21.12.2011 08.02.2012	Schönbächler Marcel und Weyermann Karin Verbesserung der Sicherheit durch die Anordnung neuer Fussgängerstreifen
POS 2012/000285	04.07.2012 30.01.2013	Schönbächler Marcel Einrichtung eines Durchfahrverbots auf dem Marstallweg sowie Sperrung der Parkplätze der Berufsschule Reishauer ausserhalb der Schulzeit
POS 2012/000320	29.08.2012 12.09.2012	Schmid Michael und Egger Urs Verunreinigung und Beschädigung der Parkanlagen rund um das Seebecken, Anordnung von zweckmässigen Massnahmen



12 / 17

POS 2012/000329	05.09.2012 27.03.2013	Trevisan Guido und Dubno Samuel Temporäre Nutzung von Parkplatzflächen in Begegnungszonen oder an Strassen in Tempo-30-Zonen für die Bewirtung von Gästen während der Ferienzeit
POS 2012/000394	31.10.2012 27.03.2013	Trevisan Guido und Hüni Guido Verhinderung einer Weitervererbung oder einer Untervermietung von Schiffstandplätzen auf dem Gebiet der Stadt Zürich
POS 2013/000005	09.01.2013 23.01.2013	Straub Esther und Steiner Kathy Verkehrsberuhigende Massnahmen auf dem an das Areal Kronenwiese angrenzenden Teilstück der Kronenstrasse
POS 2013/000087	13.03.2013 27.03.2013	Bourgeois Marc und Lauber Tamara Casino Zürich, bessere Erschliessung mit Taxis
POS 2013/000393	13.11.2013 27.11.2013	Anhorn Ruth und Haller Margrit Verflüssigung des Verkehrs zu Stosszeiten auf der Hohlstrasse beim Altstetterplatz
POS 2014/000177	04.06.2014 18.06.2014	Regli Daniel und Bertozzi Roberto Parkplätze bei der Kirche Unterdorf in Zürich-Affoltern, Umwandlung in bezahlte Parkplätze mit günstigen Tarifen

Gesundheits- und Umweltdepartement

POS 2005/000529	07.12.2005 21.12.2005	Jäger Alexander Eisenbahnbrücke zwischen Wipkingen und Industriequartier, Massnahmen gegen Lärmbelastung
POS 2009/000218	20.09.2006 27.05.2009	Girod Bastien und Probst Matthias Autofreier Tag, jährlich immer am 22. September
POS 2011/000421	09.11.2011 21.08.2013	Ammann Jürg und Nagel Ueli Konzept für die Schaffung eines Senioreninnen- und Seniorenrats in der Stadt Zürich
POS 2013/000073	06.03.2013 20.03.2013	Hungerbühler Markus und Mariani Mario Vereinfachung und Optimierung der Bewilligungsverfahren in bestehenden Gebäuden
POS 2013/000086	13.03.2013 04.12.2013	Rykart Sutter Karin und Filli Peider Gesundheits- und Umweltdepartement, Aufbau eines Stellenpools mit Pflegefachkräften
POS 2014/000392	03.12.2014 12.12.2014	Grüne-Fraktion Verschlechterung der Laufenden Rechnung bei den Alterszentren Zürich, Befreiung von der Pflicht zur kostendeckenden Arbeit oder Umsetzung ohne Qualitätseinbussen in der Betreuung

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

POS 1996/000341	11.09.1996 08.01.1997	Tschopp Kurt und Schönbächler Robert Rosengartenstrasse, Erstellung einer Fussgängerüberführung
POS 1999/000168	14.04.1999 24.05.2000	Biedermann Silvia und Spring-Gross Monika Breitensteinstrasse/Am Wasser, Bau von beidseitigen Trottoirs
POS 2000/000590	06.12.2000 26.03.2003	Schilter Armin und Casparis Jürg Sihtiefstrasse, beschleunigte Realisierung des Tunnels
POS 2005/000405	05.10.2005 02.11.2005	Stucker Rolf und Tuena Mauro Hallenstadion, Standort für die Skulptur eines Eishockeyspielers
POS 2006/000209	31.05.2006 21.06.2006	Pauli Pascal und Leupi Daniel Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Bewegungs- und Gestaltungsräume für Jugendliche und Kinder
POS 2006/000457	25.10.2006 25.02.2009	im Oberdorf Bernhard und Wohler Bruno Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Integration der Grünzone
POS 2007/000248	09.05.2007 27.06.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Boulevard-Gastronomie, Gewährleistung unternehmerischer Freiheiten
POS 2008/000109	05.03.2008 26.03.2008	Jäger Alexander Kehrichtheizkraftwerk (KHKW) Josefstrasse, Weiterbetrieb nach 2020
POS 2008/000183	16.04.2008 14.05.2008	Tognella Roger Autobahn SN 1.4.4, Verzicht auf Schliessung der Einfahrt Aubrugg
POS 2009/000561	25.11.2009 09.12.2009	Regli Daniel und Anderegg Peter Verkehrsplanung im Umfeld der Bahnübergänge in Zürich-Affoltern
POS 2012/000359	29.09.2010 26.09.2012	CVP-Fraktion Escher-Wyss-Platz, Aufwertung durch eine einfache und kostengünstige Platzgestaltung
POS 2010/000457	03.11.2010 17.11.2010	Tuena Mauro und Wohler Bruno Bauschänzli, Verzicht auf die Pflanzung einer zusätzlichen Baumreihe
POS 2011/000046	02.02.2011 07.11.2012	Bergmaier Guido und Scheck Roland Tiefbauamt, Aufführung der Baukosten bei allen öffentlichen Planaufgaben sowie den Baustellen-Infos

14 / 17

POS 2011/000212	15.06.2011 20.03.2013	Aubert Marianne und Papageorgiou Kyriakos Einführung eines Kunststoff-Sammelsystems mit einem Recyclingkonzept
POS 2011/000358	28.09.2011 17.04.2013	Probst Matthias Ausbau der Josefstrasse zur Haupt-Velo-Achse
POS 2011/000468	07.12.2011 17.04.2013	Urben Michel und Schönbächler Marcel Realisierung einer Veloroute zwischen Sternen Oerlikon und der Tramstation Hirschwiesenstrasse
POS 2012/000483	12.12.2012 23.01.2013	Kisker Gabriele und Steiner Kathy Bau der Wohnsiedlung Herdernareal, Ersatz oder Kompensation der durch die Erweiterung der Bauzone verlorengewandene Grünfläche im Gebiet 1
POS 2013/000100	20.03.2013 03.04.2013	Altinay Petek und Seidler Christine Beleuchtung des Wegs auf der Klopstockwiese
POS 2013/000153	17.04.2013 03.07.2013	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion, GLP-Fraktion und AL-Fraktion Führung der Velos bergwärts über die Nansenstrasse/Edisonstrasse statt über die Ohmstrasse
POS 2013/000186	22.05.2013 27.11.2013	Probst Matthias und Knauss Markus Prüfung einer Begegnungszone auf dem Strassenabschnitt der Kasernenstrasse zwischen Gessner-Brücke und Hauptbahnhof sowie der Postbrücke
POS 2013/000335	25.09.2013 02.10.2013	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion, GLP-Fraktion und AL-Fraktion Strassenprojekt Allmendstrasse, Verbreiterung der Velostreifen ohne Ausweitung der Fahrbahnbreite
POS 2014/000125	16.04.2014 09.07.2014	Sangines Alan David und Rothenfluh Gabriela Kennzeichnung des FKK-Bereichs auf der Werdinsel

Hochbaudepartement

POS 2005/000026	26.01.2005 09.02.2005	Grüne-Fraktion und AL-Fraktion Neubau Stadion Letzigrund, Abnahmegarantie für die Solarstromanlage
POS 2007/000285	23.05.2007 15.09.2010	Leiser Albert und Jäger Alexander Bauten der Stadt Zürich, Realisierung nach der LCC-Methode
POS 2010/000483	16.01.2008 17.11.2010	Garzotto Bruno und Sidler Bruno Papierwerd-Areal, Projektierungskredit
POS 2009/000022	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Projekt Räumliche Entwicklungsstrategie (RES), Vorlage einer Weisung

15 / 17

POS 2008/000524	19.11.2008 06.07.2011	Bergmaier Guido und Wohler Bruno Offene Radrennbahn Oerlikon, Sistierung von Planungsarbeiten
POS 2009/000158	06.05.2009 11.12.2009	FDP-Fraktion Prüfung einer Zusammenlegung von Immobilien- Bewirtschaftung IMMO und Liegenschaftenverwaltung des Fi- nanzvermögens
POS 2012/000287	17.06.2009 04.07.2012	Pflüger Severin und Meier Daniel Seerestaurant im Bereich des oberen Seebeckens
POS 2009/000601	16.12.2009 13.01.2010	Wohler Bruno und Wyss Thomas Einhausung N 1.4.4 Schwamendingen, Erlass von verbindlichen Planungsrichtlinien
POS 2011/000176	25.05.2011 15.06.2011	Baumer Michael und Steger Heinz F. Erstellung eines neuen Verwaltungszentrums zur Zentralisie- rung der Verwaltung
POS 2012/000442	28.11.2012 09.01.2013	FDP-Fraktion Auflistung der ökologischen, energetischen und wirtschaftlichen Vor- und Nachteile verschiedener Gebäudestandards bei der Erstellung sowie beim Betrieb eines Bauobjektes
POS 2012/000463	05.12.2012 14.12.2012	Angst Walter Errichtung eines verwaltungsinternen Baucontrollings aus- serhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen
POS 2013/000067	06.03.2013 23.10.2013	Sangines Alan David und Graf Davy Quartierplatz Grünau, Verzicht auf die Aufhebung des Wasser- beckens
POS 2013/000258	03.07.2013 10.07.2013	Nabholz Ann-Catherine und Steger Heinz F. Geschäfts- und Wohnhaus Schwamendingenstrasse 10, Prü- fung eines kostengünstigeren Standorts nach Ablauf des Miet- vertrags 2018
POS 2013/000294	28.08.2013 23.10.2013	Kälin Simon und Bosshard Gerhard Gewölbe der Katzbastion, Gewährleistung der öffentlichen Zu- gänglichkeit
POS 2013/000394	13.11.2013 04.12.2013	Tognella Roger und Steger Heinz F. Bedingungen für Arbeiten und Lieferungen zu Hoch- und Tief- bauten der Stadtverwaltung, Anpassung des Staffelrabatts auf Regiearbeiten im Hoch- und Tiefbau
POS 2014/000106	02.04.2014 09.04.2014	Hug Christina und Strub Jean-Daniel Ersatzneubau der Turnhalle auf dem Gelände des Schulhauses Hofacker, Erhalt der Grösse des nutzbaren Aussenraums

16 / 17

POS 2014/000393	03.12.2014 28.01.2015	Huber Patrick Hadi und Knauss Markus Umnutzung des Schulhauses Hohl, Aufrechterhaltung des bestehenden Pausenplatzes sowie der bestehenden Verbindung zwischen den Schulhäusern Kern und Brauer zum Queren und zum Spielen
POS 2015/000082	18.03.2015 21.10.2015	Sobernheim Sven und Baumann Markus Einführung von «Shared-Desk»-Arbeitsplätzen anstelle von persönlichen Arbeitsplätzen an den neuen Verwaltungsstandorten

Departement der Industriellen Betriebe

POS 2004/000671	15.12.2004 18.06.2008	Käppeli Hans Jörg und Maeder Kurt VBZ-Haltestelle Sternen Oerlikon, Erneuerung und Aufwertung
POS 2007/000054	31.01.2007 28.02.2007	im Oberdorf Bernhard und Hauri Theo Tramverkehr, rücksichtsvolle Fahrweise
POS 2009/000058	04.02.2009 04.03.2009	Schwendener Thomas und Hauri Theo VBZ-Linie 62, Verbesserung der Streckenführung
POS 2009/000068	25.02.2009 11.03.2009	Mariani Mario und Widler Josef VBZ-Buslinie 67, Verlängerung über Schmiede Wiedikon hinaus
POS 2009/000449	30.09.2009 27.06.2012	Aeschbach Christian und Hug Christina Direkte Verbindung des öffentlichen Verkehrs zwischen Burgwies, der Eierbrecht und dem Einkaufszentrum Witikon
POS 2010/000390	15.09.2010 06.03.2013	Bär Linda und Utz Florian Gültigkeitsbereich des «Gleis 7»- Abonnements, Ausdehnung auf das Netz der VBZ
POS 2011/000107	06.04.2011 06.03.2013	Käser Philipp und Luchsinger Martin Einsatz von Hybridbussen auf dem Netz der VBZ
POS 2012/000176	18.04.2012 18.09.2013	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin Personalrecht der Stadt Zürich, Anpassung des Qualifikationssystems für die Fahrdienstmitarbeitenden der VBZ
POS 2013/000137	10.04.2013 12.06.2013	Blöchlinger Patrick und Spiess Christoph Wasserrohrbruch an der Uetlibergstrasse, Entschädigung der betroffenen Mieterinnen und Mieter

Schul- und Sportdepartement

POS 2010/000225	26.05.2010 05.09.2012	Liebi Roger und Regli Daniel Umsetzung des Unterrichtsfachs «Mensch und Umwelt» an den Volksschulen
--------------------	--------------------------	--



17 / 17

POS 2012/000421	14.11.2012 02.10.2013	Pflüger Severin und Hänni-Etter Cäcilia Schülerinnen und Schüler mit einer sonderpädagogischen Förder-massnahme, vermehrte Förderung in Gruppen
POS 2012/000422	14.11.2012 02.10.2013	Hänni-Etter Cäcilia und Pflüger Severin Massnahmen gegen die Kostensteigerungen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung
POS 2013/000018	16.01.2013 06.11.2013	Haller Margrit und Anhorn Ruth Wiedereinführung der Einschulungsklassen (Kleinklasse A)
POS 2013/000303	04.09.2013 06.11.2013	Brander Simone und Nüssli-Danuser Andrea Teilnahme der Zürcher Schulen an der Aktion «bike2school»

Sozialdepartement

POS 2005/000511	30.11.2005 05.12.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Drogenpolitik, abstinenzorientierte Botschaft
POS 2008/000020	16.01.2008 04.06.2008	Liebi Roger und Bartholdi Roger Sozialarbeitende, Ausbau der Kontakte zur Klientel
POS 2010/000465	10.11.2010 01.12.2010	Rutherford Catherine Erhöhung des städtischen Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen
POS 2011/000047	02.02.2011 03.10.2012	Bergmaier Guido und Schlatter Hedy Überprüfung der neu lancierten Projekte, Angebote und Engagements im Sozialbereich

1 = Eingangsdatum, 2 = Überweisungsdatum, 3 = GR Nr.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation der Ziffer 1 am 28. September 2016
gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat